Zweite Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 157. Dienstag den 5. Juni 1888. 82. Jahrgang.

Generalversammlung des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen.

I.

* Leipzig, 4. Juni. Wir lassen dem in der letzten Nummer enthaltenen vorläufigen Bericht über die am gestrigen Tage im Krystallpalast hier abgehaltene Generalversammlung des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen noch folgende ausführlicheren und ergänzenden Mittheilungen folgen. Außer den erschienenen Reichstagsabgeordneten Dr. Trübalin, Temper, Niethammer und Clauß hatten die Abgg. Holtzmann und Dr. Götz an der Versammlung Theil nehmen wollen, sie waren indessen, wie die verlesenen Telegramme bekundeten, ersterer durch eine unaufschiebliche Geschäftsreise, letzterer durch Krankheit, an der Ausführung ihrer Absicht verhindert worden. Ein weiteres Begrüßungstelegramm hatten die Annaberger Parteigenossen gesendet. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Gensel, eröffnete die der Generalversammlung vorausgehende allgemeine Parteiversammlung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Indem ich hiermit diese Versammlung eröffne, habe ich zunächst einen Dank auszusprechen gegen unsere Freunde in Zittau, welche uns eingeladen hatten, diese Versammlung in der Lausitz, in ihrer schönen Stadt abzuhalten. Wir wären dieser Einladung sehr gern gefolgt, wir hätten sicher sein können, dort einen freudigen und sehr angenehmen Empfang zu finden. Es wäre noch ein weiterer Grund gewesen, dorthin die Versammlung zu legen, nämlich der, daß Zittau der einzige Wahlkreis war, der im vorigen Jahre nicht den Cartelparteien zugefallen ist. Indessen mußten wir uns doch sagen, und wir konnten uns dabei auf Erfahrungen ähnlicher Art berufen, daß voraussichtlich nur eine sehr kleine Zahl von unseren Freunden aus dem sogenannten Erblande bis in jenen schönen Winkel von Sachsen kommen würde, zumal da jetzt noch leider die Eisenbahnverbindung eine sehr mangelhafte ist. Wenn dieser Fehler einmal gehoben sein wird, dann können wir vielleicht daran denken, auch dort eine Generalversammlung abzuhalten.

Was die Tagesordnung dieser öffentlichen Versammlung anlangt, so hat sich der erste Gegenstand, ein Bericht über die allgemeine Lage, wohl von selbst. Es bedarf das keiner Rechtfertigung. Ich darf aber der Freude des Vorstandes darüber Ausdruck geben, daß unser alter wackerer Vorkämpfer, Prof. Biedermann, es übernommen hat, diesen Bericht zu erstatten. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die socialpolitische Aufgabe unserer Partei, darf ich gewissermaßen als ein Vermächtniß unseres verewigten Kaisers Wilhelm betrachten. Sie wissen, wie die letzten 10, 12 Jahre seines Lebens ganz vorzugsweise darauf gerichtet waren, zu sinnen, wie der sittlichen und der wirthschaftlichen Lage der arbeitenden Classe aufgeholfen werden könnte. Der Liebe, mit der er sich dieser Aufgabe hingegeben hat, verdanken wir die großen socialpolitischen Gesetze, mit denen wir zum Theil recht günstige Erfahrungen gemacht haben, und die Entwürfe, denen noch die weitere Arbeit des Reichstags gewidmet sein wird. Kaiser Wilhelm hatte aber wohl erkannt, und hat es auch wiederholt ausgesprochen, daß alle diese Gesetze nur wenig wirken können, wenn ihnen nicht eine selbstständige Thätigkeit aller der Kreise, die zunächst dabei betheiligt sind, mit zur Seite steht, wenn nicht die Arbeitgeber mit Einsicht und Wohlwollen sich den Aufgaben, die zu dem gleichen Ziele führen, widmen, und wenn nicht wir Alle, ein Jeder in seinem Kreise, mit dazu wirken, daß die Gegensätze zwischen den Ständen allmälig ausgeglichen werden, daß ein friedliches und freundschaftliches Verhältniß obwalte. Aus diesen Gesichtspuncten haben wir den Gegenstand auf die Tagesordnung unserer heutigen Versammlung gesetzt, und ein Arbeitgeber, der selbst schon auf diesem Gebiete viel gethan hat, unser Freund Niethammer, hat es freundlichst übernommen, den Bericht zu erstatten. Ich würde nunmehr Herrn Professor Biedermann ersuchen, zunächst das Wort zu ergreifen.

Es ergriff hierauf der hochbetagte, aber zur großen Freude seiner zahlreichen politischen Freunde immer noch körperlich und geistig rüstige altbewährte Vorkämpfer der nationalliberalen Partei, Herr Professor Dr. Biedermann, das Wort zu folgender Darlegung über die allgemeine Lage und Stellung der Partei.

Geehrte Versammlung! Einer politischen Partei mag es wohl anstehen, daß sie wie ein guter Hausvater von Zeit zu Zeit Buch und Rechnung führt über ihre Passiven und Activen, und dazu eignet sich ja wohl nichts besser als die jährliche Versammlung der Parteigenossen. Unsere Partei darf es wohl ohne Anmaßung von sich sagen, daß sie mehr als wohl die meisten anderen Parteien frei ist einmal von einer blos einseitigen Interessenpolitik und andererseits von einer einseitigen Rücksichtnahme auf die Partei- und Wahltaktik, daß sie vielmehr es sich immer zum Ziele gesetzt und auch nach bestem Wissen und Gewissen diesem Ziele immer nachgestrebt hat, die großen Angelegenheiten und Interessen der Nation und des Reichs so gleichsam mit sich selbst und ihren eigenen Bestrebungen zu verbinden, daß das eine untrennbar in dem anderen aufgeht.

Darin mag es denn seine Rechtfertigung finden, wenn ich, Ihnen heute einige Betrachtungen über die allgemeine Lage zunächst vortrage und daran nur zuletzt einige andere Betrachtungen knüpfe über die Stellung unserer Partei zu dieser allgemeinen Lage.

Meine Herren! Bei dem Blicke auf das vergangene Jahr ist es zunächst ein tiefschmerzliches Gefühl, welches uns ergreift. Als wir im vorigen Jahr um einige Wochen früher hier tagten, da klang noch in unseren Herzen der Jubel nach, der die Feier des 90. Geburtsfestes unseres herrlichen Kaisers Wilhelm begleitet hatte, der Nachklang jener allgemeinen Theilnahme nicht nur Deutschlands, ja, man kann sagen, nicht nur Europas, sondern der ganzen civilisirten Welt. Und jetzt, meine Herren, müssen unsere liebetränkten Gedanken dem dahingeschiedenen Kaiser gleichsam folgen in jene stille Gruft zu Charlottenburg, wo er bei seinen kaiserlichen Eltern ruht. War nun auch dieser Hintritt des Kaisers Wilhelm nach den allgemeinen Gesetzen der Natur und nach dem, man kann wohl sagen, beinahe über alle menschliche Berechnung hohen Alter des Kaisers nicht unerwartet, mußten wir darauf gefaßt sein, so trat doch dieser Verlust gerade so unter besonders erschwerenden Umständen ein. Meine Herren! Wenn wir früher bei dem immer höher steigenden Alter des Kaisers ja natürlich daran denken mußten und wohl auch daran dachten, was werden solle, wenn er nicht mehr unter uns wandle und wirke, so belebte uns die freudige Hoffnung, daß ihn ein Erbe und Sohn ersetzen werde mit allen edelsten Tugenden und Eigenschaften des Vaters und des ganzen Hohenzollernstammes, daß an ihm sich bewähren werde jenes Horazische „fortes creantur fortibus et bonis" von Starken und Tüchtigen kommen wieder Starke und Tüchtige. Das deutsche Volk hatte ihn als den Helden kennen gelernt im Kriege, als einen Mann von warmem Herzen und hellem Geiste in vielen Thaten des Friedens; und so hat es ihn verehren und lieben gelernt. Und nun lag dieser herrliche Königs- und Kaisersohn von schweren Leiden gefesselt, fern in Italien, und man mußte zweifeln, ob es ihm möglich sein werde, heimzukommen und die Regierung anzutreten und sie zu führen. Und als er dennoch mit echt hohenzollerischer Pflichttreue und echt hohenzollerischer Charakterstärke gleichsam seiner Krankheit gebot und die gefahrdrohende Reise dennoch vollbrachte und die Regierung wirklich antrat, da blieb doch noch so manche Ungewißheit und Unsicherheit übrig, ob es ihm möglich sein werde, bei wieder zunehmendem Leiden die Regierung fortzuführen. Meine Herren! Wenn eine solche Unsicherheit in der Fortführung der Regierung in manchen anderen Ländern entstanden wäre, so möchte leicht daraus mindestens eine ziemlich weit verbreitete Beunruhigung, vielleicht eine Erregung, vielleicht noch Schlimmeres entstanden sein. Ich erinnere nur an das, was 1825 in Petersburg geschah, wo nur einen kurzen Moment die eigentliche Thronfolge unsicher war und sofort ein militärischer Aufstand losbrach. Bei uns, meine Herren, hat man auch nicht die geringste Spur von einer Beunruhigung bemerkt. Alle Welt sagte sich beruhigt: es geht alles so weiter, wie es gehen muß, und wie es gehen soll. Meine Herren! Das ist ein schönes und erfreuliches Zeugniß von dem tief gewurzelten und wohl berechtigten Vertrauen der deutschen Nation zu dem ganzen kaiserlichen Hause in allen seinen Gliedern und Generationen, auf der andern Seite aber auch ein Beweis der schon gefestigten Einrichtungen und Zustände unseres deutschen Reiches. Meine Herren! Jeder Thronwechsel pflegt Erwartungen von irgend welchen Veränderungen hervorzurufen. Es ist, als ob mit dem neuen Herrscher auch das ganze staatliche und Volksleben gleichsam einen neuen Anlauf nehmen muß. So ist's auch diesmal gegangen. Es sind an die Thronbesteigung unseres jetzigen hochverehrten Kaisers Friedrich Erwartungen geknüpft worden, von mancher Seite vielleicht sehr weitgehende Erwartungen, die schwerlich wohl ihre Erfüllung finden werden, ja deren Erfüllung in dieser weitgehenden Weise wir unserseits wohl nicht wünschen können. Die Erwartung aber, die man früher schon von Kaiser Friedrich hatte, wenn er den Thron besteigen würde, die ist voll und ganz in Erfüllung gegangen, nämlich die Erwartung, daß er es aussprickt und nach seinem ganzen Wesen auch gewiß bethätigen wird, daß er vor allen Dingen eine gewisse Sicherheit der Regierung festhalten will, daß er in den Bahnen seines verklärten glorreichen Vaters weiter wandeln wird nach außen und nach innen, und nur da, wo es nöthig ist, den Reformbedürfnissen der Zeit Rechnung tragen und die helfende Hand anlegen wird. Den Letzteren hat man ja, wie wenigstens verlautet, bereits ein Beispiel, indem er einen Schaden, der nicht sowohl im Reiche als im preußischen Staate sich geltend machte, die Beeinflussung der Wahlen von oben, durch sein Wort zu beseitigen gesucht hat.

Eben, daß Kaiser Friedrich aber auch nicht plötzlich alles zu ändern braucht, daß er selbst in seiner Proclamation sagen kann: „Erschütterungen und plötzliche Aenderungen der Gesetze und der Verfassung müssen vermieden werden", das kommt wieder zum Theil daher, daß die Zustände im deutschen Reiche im Ganzen und Großen schon unter Kaiser Wilhelm soweit befriedigende waren, daß sie zwar natürlich eine künftige Weiterbildung und Fortentwickelung nicht ausschließen, daß vielleicht auch in manchen Puncten schon jetzt die besserende Hand angelegt werden kann, aber daß noch nicht eine tiefe Erschütterung, nicht eine gänzliche Umgestaltung des ganzen Regierungssystems nothwendig ist. Meine Herren! Es ist dies der erste Thronwechsel im neuen Reiche. Wir können daher Vergleiche mit früheren Thronwechseln nicht anstellen. Allein im preußischen Staate haben wir Aeltere wenigstens schon zwei frühere Thronwechsel mit angesehen, einen 1840, als Friedrich Wilhelm IV. an die Stelle Friedrich Wilhelm's III. trat, und einen 1858, als unser jetzt verewigter Kaiser zunächst als Prinzregent die Zügel der Regierung für seinen Bruder Friedrich Wilhelm IV. ergriff. Nun, meine Herren, wie stand es damals bei diesen beiden Personenwechseln auf dem preußischen Throne? Als Friedrich Wilhelm III. starb, je da war, kann man sagen, im preußischen Volke eine hoch aufgestapelte und aufgesammelte Summe von Wünschen, von sehnsüchtigen Verlangen, die man nur aus Pietät gegen den alten König unterdrückt hatte, die aber alsbald nach allen Seiten gleichsam explodirten, als der neue König den Thron bestiegen hatte, da wurde die Berufung auf jenen Erlaß vom 22. Mai 1815 allseitig wieder laut, da verlangte man nach der Verfassung, die man bisher entbehrt hatte. Und 1858, ja da hatte Preußen bereits 10 Jahre gelitten und geduldet unter dem schlechten Manteuffel'schen Regiment, welches nach innen alle freiheitlichen Bewegungen hörte, und nach außen den Staat erniedrigte, und da war es das erste Geschäft des Prinzregenten, unseres nun verklärten Kaisers, mit diesem Ministerium aufzuräumen und ein neues einzusetzen, mit dem, wie man es damals ausdrückte, eine neue Aera beginnen sollte.

Meine Herren! Wenn wir diese beiden Zustände uns vergegenwärtigen und vergleichen mit den Zuständen, wie sie Kaiser Friedrich bei seiner Thronbesteigung fand auch in Preußen, namentlich aber im Reiche, ja so müssen wir doch mit vollster Freude bekennen, daß es bei Weitem besser bei uns geworden ist, daß solche Zustände, die nicht eine augenblickliche, blos bessernde, sondern eine gründliche und tief umgestaltende Hand erfordern, bei uns schon lange nicht mehr gewesen sind. Und wenn man soviel vorgeredet hat von der furchtbaren Reaction, in deren Mitte wir leben, ja, meine Herren, ich glaube, wir im Reiche, abgesehen von Preußen — das lasse ich hingestellt — haben davon außerordentlich wenig empfunden. Wenn unsere frühere liberale Reichsgesetzgebung seit dem Jahre 1878 gewissermaßen ins Stocken gekommen, ja in manchen Puncten, und namentlich in dem allerdings sehr wichtigen Puncte der Zollgesetzgebung rückläufig geworden ist, so ist doch das ja weniger eine etwa planmäßige Reaction von oben, von Seiten der Regierung, als vielmehr dem Hervorbrechen gewisser Strömungen aus dem Volke selbst zuzuschreiben. Jene agrarische Bewegung ist gekommen, möchte man sagen, über Nacht und hat überhand genommen und Alles, möchte ich sagen, mit hinweggeschwemmt. Das ändert sich auch wieder. Das sind Dinge, die von den Wahlen und der Mehrheit im Reichstage abhängen, die man nicht schlechthin der Regierung schuld geben kann.

Meine Herren! In jener vortrefflichen Proclamation des Kaisers Friedrich, welche die Form eines Erlasses an den Reichskanzler hatte, hatte sich Kaiser Friedrich mit einer ganz außerordentlichen Wärme dafür ausgesprochen, daß dieser, wie er ihn nannte, getreue und bewährte Diener, dieser muthvolle Rathgeber seines verewigten Vaters auch ihm treu bleiben, und daß er zur Verwirklichung seiner Absichten sich auf dessen bewährte Erfahrung und Hingebung stützen werde.

Um so überraschender war es, daß bald darauf ein Zwischenfall eintrat, der gefährlich zu werden drohte, der aber glücklicher Weise rasch gelöst worden ist, den ich aber doch nicht ganz unbeachtet lassen kann, jene sogenannte Kanzlerkrisis. Man hat damals von gewisser Seite diese Kanzlerkrisis als eine gemachte darstellen wollen, als eine, die gar nicht wirklich vorhanden sei, was hat von einer „angeblichen Kanzlerkrisis" gesprochen. Meine Herren! Wer die Artikel, namentlich den einen Artikel der officiösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" damals gelesen hat, wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß eine solche ernste Krisis bestand, und daß die Gesahr, dieses Leiter unserer Politik, namentlich unserer auswärtigen Politik zu verlieren in einem Moment, wo wir eines immer sicheren Leiters mehr als je bedurften, eine so drohende war.

Meine Herren! Diese drohende Gefahr hat damals und hier in Leipzig veranlaßt, einen Schritt zu thun, der sehr verschiedenartig beurtheilt worden ist, und über den Sie daher einige Worte zu sagen mir gestatten müssen. Wir haben damals im Verein mit den Conservativen hier eine Adresse an den Reichskanzler entworfen und zur Unterzeichnung ausgelegt. Sie ist nicht abgegangen, weil unterdessen glücklicherweise die Krisis gelöst war. Sie hatte aber, wenn ich recht berichtet bin, binnen 2 Tagen doch ziemlich 8000 Unterschriften hier gefunden. Die Adresse ist zunächst angefochten worden — und das begreife ich — von der deutschfreisinnigen Presse. Man hat es als eine Art Illoyalität dargestellt, daß man sich an den Kanzler gewandt und dessen Bleiben gewünscht habe. Auch in unseren Kreisen ist zum Theil wenigstens die Opportunität der Adresse bezweifelt worden. Meine Herren! Ich für meine Person nehme die Verantwortung für diese Adresse voll und ganz auch jetzt auf mich. Ich würde in ähnlichem Falle gerade wieder so handeln. Ich habe es von jeher in immer langen politischen Laufbahn stets zu meiner festen Ueberzeugung gemacht und dies überall, wo ich konnte, und wo es noth war, bethätigt, daß, wo dem Vaterlande eine Gefahr droht, jeder Einzelne im Volke so berechtigt wie verpflichtet ist, alles zu thun, um diese Gefahr abzuwenden, und zu diesem Zwecke auch, wenn es nöthig ist, seine Stimme laut zu erheben. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Das Recht, Bitten einerseits an die Volksvertretung, andererseits an den Thron zu richten, ist ein heiliges Recht, welches sowohl die sächsische Verfassung als auch die deutsche Bundesverfassung dem Volke zuerkennt; und ich würde es als einen sehr bedauerlichen Rückschritt unserer politischen Bildung und unseres ganzen öffentlichen Lebens betrachten müssen, wenn man dahin käme, dieses dem Volke durch die Verfassung selbst zugesprochene Recht dadurch zu verkümmern, daß man Kundgebungen dieses Rechts verleugnet oder mißbilligt!

Meine Herren! Wenn wir nach allem dem Gesagten mit Befriedigung auf unsere inneren Zustände blicken können, mit vollem Vertrauen zu unserm neuen Kaiser aufblicken, und nur das Gebet uns übrig bleibt, daß er uns erhalten werde, daß es ihm möglich sei, die schönen und fruchtbaren Ideen, die er in seiner Proclamation niedergelegt hat, auch selbst zu verwirklichen, die Keime, die er gelegt hat, zur Frucht reifen zu sehen, wenn wir der Hoffnung gar uns hingeben wollen, daß der ja auf fast überraschende, aber doch erfreuliche Weise sich bessernde Zustand des Kaisers andauert, so ist der Ausblick nach außen freilich weniger befriedigend. Freilich ohne unsere Schuld.

Meine Herren! Es wäre thöricht von mir, wenn ich Ihnen die Lage Europas schildern wollte nach jener weltgeschichtlichen Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar, der ja mit seiner diplomatischen Sonde, möchte ich sagen, in alle feinsten Falten der europäischen Verhältnisse hineingegriffen hat. Er mußte damals schon gestehen, daß er zwar wohl für die augenblickliche Erhaltung des Friedens eine Art von Bürgschaft übernehmen könnte, aber nicht auf die Dauer, daß die Lage allerdings nach verschiedenen Seiten sehr hoch gespannt sei und daher möglicherweise früher oder später zum Ausbruch kommen könnte. Meine Herren! Soweit sich beurtheilen läßt, ist die Lage seitdem allerdings wo möglich noch gespannter geworden, namentlich von Westen her dadurch, daß in jenem ja immer unberechenbaren Lande Persönlichkeiten auftauchen, die man schon durch den Fluch der Lächerlichkeit für ewig begraben glaubte, die aber morgen oder übermorgen Dictatoren in Frankreich sind und den Krieg anfangen. Wir haben die Beruhigung wenigstens, und daher sind wir vor Allem unserem großen Kanzler dankbar, ebenso aber auch dem verewigten Kaiser und dem Kaiser Friedrich, der in seiner Proclamation es ja auch ausgesprochen hat, daß der Glanz ruhmvoller Thaten ihn nicht locke. Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß von Deutschland aus zu einer Störung des europäischen Friedens niemals etwas geschehen ist und wahrscheinlich auch niemals etwas geschehen wird; und wir können mit derselben Beruhigung, allerdings auch gestützt auf jene 3 Millionen wohlgerüsteter Soldaten, die der Reichskanzler in guter Absicht in seiner Rede dem Auslande vorführte, gestützt auf jenen mächtigen Friedensbund, dem ja auch neuerlich das vormächtige England sich anzunähern scheint, wir können, gestützt auf solche Waffen und solche Mittel der Vertheidigung, ruhig einen Angriff von außen abwarten, und vielleicht ist es nicht zu viel, wenn ich die Hoffnung aussprechen, daß auch in diesem Falle kein Feind den deutschen Boden betreten wird. (Bravo!) Meine Herren! Das hat ja alles große Opfer gekostet und kostet sie ferner. Wenn wir zusammenrechnen, was der vorvorige Reichstag und was der letzte Reichstag an Geldern für die Ausrüstung, namentlich der jetzt zum Heere geschlagenen Landwehr 2. Aufgebots, was er für die Ausrüstung der Festungen bewilligt hat, so kommen sehr bedeutende Summen heraus. Das ist eine Last, die das deutsche Volk tragen muß, und die es auch willig trägt in dem Bewußtsein, es sei immer noch besser, dadurch vor fremden Angriffen, vor fremden Verwüstungen geschützt zu sein, als solche zu ertragen, wie wir es in der Napoleonischen Zeit hinlänglich gelernt haben.

Meine Herren! Das führt mich unmittelbar hinüber zu einer kurzen Betrachtung über den Reichstag, dessen Zusammensetzung seit den Wahlen vom Februar vorigen Jahres ja es ermöglicht hat, daß diese richtigen Gesetze zur Verstärkung der Landesvertheidigung geschaffen wurden und unverkürzt zu Stande kamen. Ich will, um gerecht zu sein, nicht verschweigen, daß bei den letzten dieser Gesetze, der sogenannten Wehrvorlage, auch die Opposition, die ja sonst gern in allen solchen Dingen opponirt, wenigstens insofern Patriotismus gezeigt hat, als sie theils durch ihr Fernbleiben, theils durch ihre Zustimmung nach außen den immerhin sehr wichtigen Eindruck hervorgebracht hat, daß dieses Gesetz nicht etwa mit einer knappen Majorität gegenüber einer starken Minorität durchgedrückt wurde, sondern gewissermaßen der einstimmige Ausdruck der Volksvertretung und somit auch des Volkes war.

Meine Herren! Die neue Majorität im Reichstage, die sogenannte Cartelmajorität, hat sich in zweierlei Beziehungen als außerordentlich wichtig und nützlich erzeigt; einmal, was die Form und Behandlung der Geschäfte betrifft dadurch, daß sie rasch und sachlich alle Dinge erledigt hat, während die frühere Majorität sich sehr oft dann gefiel, die Geschäfte hinzuziehen durch lange Reden und allerhand Streitigkeiten, die nicht zur Sache gehörten. Sodann hat die neue Majorität eine Menge wirklich positiver Gesetze hervorgebracht von positivem, wichtigem Inhalt. Ich will Sie nicht ermüden durch Aufzählung dieser Gesetze. Es ist ja zu hoffen, und es sind ja schon einzelne Vorgänge dieser Art da, daß unsere verehrten Reichstagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen Gelegenheit nehmen werden, ihren Wählern Bericht über die Arbeit des Reichstages erstatten. Sie haben dafür ein sehr gutes und ermunterndes Muster. In den letzten Tagen hat der königl. württembergische Ministerpräsident von Mittnacht als Mitglied der Kammer vor seinen Wählern eine Berichterstattung gehalten. Was dem Minister-präsidenten in Stuttgart möglich ist, können unsere Reichstagsabgeordneten auch gern thun. Nur auf einen Punct muß ich noch kommen, der dann noch mit der anderen wichtigen Frage zusammenhängt. Nämlich obgleich die im Cartel verbundenen Parteien, die conservative, die freiconservative und unsere Partei, in sehr vielen wichtigen Fällen, also bei den militärischen Gesetzen, bei der Branntwein- und Zuckersteuer, bei dem Socialistengesetze, bei der Verlängerung der Wahlperioden, bei der Beschränkung der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen u., fest zusammen gestimmt haben, so hat es doch wenigstens zwei wichtige Verhandlungsgegenstände gegeben, bei denen eine Spaltung dieser Parteien und ein ziemlich scharfer Gegensatz derselben unter einander eingetreten ist. Das ist einmal bei der Erhöhung der Getreidezölle, wo nur ein Theil unserer Partei mit den Conservativen und Freiconservativen gestimmt hat, dagegen auch ein Theil des Centrums, und bei der Wiederherstellung gewisser Zunftprivilegien, bei denen unsere Partei geschlossen mit den Freiconservativen gestimmt hat gegen Conservative und Centrum.

Das führt mich unmittelbar hinüber auf die Frage des Cartels, seine Bedeutung, die es von Hause auf gehabt hat, und die es gegenwärtig noch hat, eine Frage, die mir von höchster Wichtigkeit scheint. Denn ich erblicke im Cartel noch wie vor den, möchte ich sagen, eigentlichen Schlüssel zur Lösung des Räthsels, wie wir über zwei Jahre noch einmal eine Mehrheit im Reichstage gewinnen wollen. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn wir das Cartel nicht ganz fest zusammenhalten, wir in zwei Jahren wieder unterliegen und wieder eine klerikal-deutschfreisinnige Mehrheit im Reichstage die Herrschaft antritt. (Beifall.)

Nun, meine Herren, es sind ja sehr verschiedene Ansichten laut geworden, und auch die praktische Stellung der einzelnen Parteien zum Cartel ist eine verschiedene. Ich will nicht von den Aeußerungen reden, die einzelne Redner im Reichstage oder im preußischen Landtage gethan haben: „Das Cartel ist abgethan, antiquirt, erloschen; wir haben es geschlossen für die Wahl, nun hat es seine Schuldigkeit gethan, der Wahl kann gehen." Die Conservativen haben gesagt: „Ja, wir haben mit den Nationalliberalen das Cartel geschlossen für die Wahl, wir haben es getreulich gehalten, aber dadurch haben wir uns nicht verpflichtet, auch in allen Fragen mit den Nationalliberalen zu gehen." Meine Herren, das ist ganz richtig; eine solche Verpflichtung ist nie gefordert und eingegangen worden; es ist aber auch nicht auf eine solche recurrirt worden.

Wenn die Conservativen glauben, es verantworten zu können gegenüber den großen und allgemeinen Interessen der Nation, sich lieber dem Centrum zugewendet und sich von den Nationalliberalen und Freiconservativen zu trennen; wir können sie nicht hindern. Zu weit freilich geht es, wenn einzelne conservative Blätter von uns verlangt haben, wir müßten vermöge des Cartels und den Conservativen anschließen und ihnen Heeresfolge leisten; es wäre ein Bruch des Cartels, daß nicht unsere ganze Partei geschlossen für die Getreidezölle gestimmt habe. Das ist eine ganz absonderliche und durchaus ungerechte Forderung. Meine Herren! Unsere Partei im Reiche hat im Geiste und Sinne des Cartels ihr Verhalten insofern sehr streng correct abgemessen. Sie können ihr nicht einen einzigen Antrag nachweisen, der nach einer Seite gegangen wäre, wodurch sie sich getrennt hätte von den Conservativen und Freiconservativen. Unsere Partei hat vielleicht auch manche Wünsche im Stillen, die sie wohl bei gegebener Gelegenheit auch äußern möchte; sie hat früher manche freisinnige Ansicht entwickelt und freisinnige Anträge gestellt, die sie keineswegs etwa verläugnet, die sie aber zurückhält namentlich mit aus dem Grunde, um nicht zu einer Spaltung dieser Cartelparteien Anlaß zu geben. Meine Herren! Ich glaube, das ist eine sehr anerkennungswerthe patriotische Haltung unserer Partei, und es wäre nur zu wünschen, daß andere Parteien diese Haltung nachahmen. (Beifall.)

Wir in Sachsen, um auf unser engeres Vaterland zurückzukommen, haben ja das Cartel ganz besonders hoch und warm gehalten. Sie erinnern sich, daß bei der vorigen Generalversammlung auf meinen Antrag einstimmig beschlossen wurde, das eigentlich nur für die Reichstagswahl geschlossene Cartel auch auf die Landtagswahl zu übertragen. Das ist geschehen; wir haben uns mit den Conservativen vereinigt bei den Landtagswahlen, gerade nicht zu unserm numerischen Vortheil. Wir haben natürlich den Schlußstand anerkennen müssen, und darnach haben nur sehr wenige Sitze wiederbekommen und die Conservativen sehr viele. Allein, das macht für die Sache nichts aus. Ich muß anerkennen, daß von den Conservativen sowohl bei dem Abschlusse dieses Cartels als auch bei der Durchführung desselben durchaus aufrichtig und ehrlich gehandelt worden ist, wie ich es glaube von unserer Seite auch sagen zu können.

Meine Herren! Vergessen wir nicht, daß die nächste Reichstagswahl, die allerdings erst 1890 stattfindet, daß diese Reichstagswahl, weil dann die fünfjährige Legislaturperiode in Wirksamkeit tritt, uns einen Reichstagsmodus geben wird, die fünf ganze Jahre lang ihre Herrschaft behauptet, und daß darum auf diese nächste Reichstagswahl ganz außerordentlich viel ankommt. Wenn wir dann noch einmal den Sieg erringen, so wird es leichter das zweite Mal. Aber wenn wir diesmal unterliegen, so ist auf fünf Jahre hinaus unsere ganze Gesetzgebung einer Mehrheit hingegeben und preisgegeben, wie wir sie uns nicht wünschen!

Es wäre wohl noch mancherlei darüber zu sagen, was auch noch einschlägt, über die Organisation unserer Partei, die ja auch ein wesentliches Mittel mit ist zum Siege bei künftigen Wahlen. Allein, ich unterlasse es, da diese Frage heute in Folge eingereichter Anträge in ziemlich ausgiebiger Weise in der Generalversammlung zur Frage kommen wird. Nur einen Wunsch und eine Hoffnung lassen Sie mich hier noch kundgeben, die allerdings ihre Befriedigung nicht in diesem Kreise zu finden haben, sondern die gewissermaßen über die Wände dieses Saales hinaussprechen. Es hat sich bei dem letzten Reichstagswahlen, wie Sie wissen, und schon vor diesen bei jener wichtigen Frage des Septennats im Reichstage eine sehr wichtige Spaltung vollzogen innerhalb der sächsisch deutschfreisinnigen Partei. Es hat sich eine Anzahl sehr angesehener, ehrenwerther Männer, nämlich beinahe die sämmtlichen älteren Führer des sächsischen Fortschritts von jener Partei, wie sie in Berlin sich darstellt, getrennt. Sie haben mit uns gestimmt, sie sind mit uns auch vollkommen als Parteigenossen behandelt worden. Ich weiß auch, daß einzelne dieser Männer, die besonders rührig sind, das sehr verdienstliche Geschäft vollzogen haben, in ihren Reichstagswahlkreisen gemischte Vereine zu bilden, Vereine, in denen die patriotischen fortschrittlichen Herren mit unsern Parteigenossen und den Conservativen zusammengehen. Und das schmeckt mir außerordentlich nützlich und gut. Nun, meine Herren, möchte ich glauben, daß diese Herren ihren bisherigen Verdiensten noch eins hinzufügen könnten, wenn sie nämlich durch ihren persönlichen Einfluß alle Diejenigen um sich sammeln, die bisher so im Allgemeinen dem Liberalismus, dem Freisinn in Bausch und Bogen angehört haben, die aber gleich diesen Herren sich abgestoßen fühlen durch gewisse Vorgänge in der deutschfreisinnigen Partei, und die wahrscheinlich, wenn sie jetzige Krystallisationspuncte fänden, sich zu einer neuen Partei organisiren könnten, die in liberaler Form mit uns gehen und dadurch unsere nationalliberale Partei in außerordentlich wichtiger Weise verstärken wird. Ich kann dies nur als Wunsch aussprechen; aber ich wünsche und hoffe, daß dieser Wunsch auch draußen gehört und namentlich von jenen Männern beachtet werde.

M. H.! Ich habe kurz nach dem glänzenden Ausfalle der vorjährigen Wahl in einem Vortrage, den ich an anderer Stelle hielt, gleich im Anfange gesagt, es sei sehr falsch, was leider in der Politik oft geschieht, daß man, wenn es schlecht gehe, den Muth verliere, und wenn es gut gehe, lässig werde; und ich habe geendet mit der Mahnung an meine Parteigenossen, sie möchten es nicht so machen, sie möchten vielmehr fort und fort Hand anlegen, daß der errungene Sieg uns nicht wieder verloren gehe. M. H.! Diese Mahnung möchte ich jetzt auch an Sie richten und möchte wünschen, daß, wie von jenem Römer erzählt wird, daß er im Senat bei jeder Sitzung gesagt hat: „Und schließlich wünsche ich, daß Karthago zerstört werde" — so möchte ich, daß am Schlusse jeder Generalversammlung die Mahnung wiederholt würde: Sorgen Sie alle dafür, auch in der Zwischenzeit, nicht erst kurz vor den Wahlen, daß die nächsten Wahlen wieder so ausfallen wie die letzte! So lange ich noch lebe, werde ich diese Mahnung jedesmal an Sie richten. (Lang andauernder Beifall.)

In der öffentlichen Parteiversammlung sprach nun noch weiter unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung Herr Commerzienrath und Reichstagsabgeordneter Niethammer über die socialpolitischen Aufgaben der Partei. Wir werden den Wortlaut dieses bedeutsamen Vortrages in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.

Der öffentlichen Parteiversammlung schloß sich unmittelbar die eigentliche Generalversammlung an, zu der nur die Mitglieder des Vereins Zutritt hatten. Den ersten Gegenstand der Verhandlung bildete der vom Schriftführer des Vereins, Herrn Rechtsanwalt Dr. Häbler, erstattete Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Es betraf dieser Bericht zumeist bereits bekannte Thatsachen und wir können deshalb kurz darüber hinweg gehen. Der Bericht constatirte u. A. die aus Anlaß der letzten Landtagswahlen mit den Conservativen gepflogenen Verhandlungen, die zur Erneuerung des Cartels auch bei diesen Wahlen führten. Die nach dem Vereinsstatut in jedem Wahlkreise vorzunehmende Wahl von Vertrauensmännern stattgefunden hat, ohne daß jedoch eine größere Thätigkeit dieser Vertrauensmänner zu verzeichnen gewesen ist. Die Zahl der Vereinsmitglieder hat sich so ziemlich auf der seitherigen Höhe erhalten, sie betrug am Beginn des gegenwärtigen Vereinsjahres 890. Der Geschäftsbericht wurde ohne Debatte genehmigt, desgleichen, vorbehältlich der Specialprüfung, der Bericht des Schatzmeisters Herrn Stadtrath Nagel, wonach am Schlusse des letzten Vereinsjahres die Vereinscasse einen Vermögensbestand von 7860 ℳ aufzuweisen hatte, was gewiß als ein befriedigendes Resultat bezeichnet werden kann. Zu Revisoren wurden die Herren Stadtrath Poblenz und August Siebert gewählt. Herr Stadtrath Nagel knüpfte an seinen Bericht die gewiß berechtigte Mahnung, daß erstens dem Verein die nationalliberalen Gesinnungsgenossen in weit größerer Anzahl, als das bisher geschehen, beitreten und daß sie zweitens ihre oft recht geringfügigen Beiträge freiwillig etwas erhöhen möchten.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung betraf die Neuwahl des Vorstandes, der im Laufe des letzten Jahres durch den Tod der um den Verein und die Partei hochverdienten Herren Commerzienrath Dietel in Wilkau und Reichsgerichtsrath Hullmann einen schmerzlichen Verlust erlitten hat. Die Versammlung ehrte das Andenken an beide Verstorbene durch Erheben von den Sitzen.

Auf Vorschlag des Herrn Dr. Maaß-Dresden wurde der derzeitige Vorstand durch Zuruf wieder- und zur Ergänzung der eingetretenen Lücken die Herren Fabrikbesitzer Dietel-Coßmannsdorf und Fabrikdirector Schulz-Meerane neugewählt.

Es folgte nun die Berathung über einige von Mitgliedern gestellte Anträge. Der erste dieser Anträge, eingereicht von den Herren Bär-Zwickau, Dr. Denneberg-Großstolpen, Leonhardt-Leipzig, Dr. Richter-Dresden, Schubert-Auerbach und Schütz-Volkmarsdorf lautete:

Den Vorstand des Vereins damit zu beauftragen, in geeigneter Weise dafür zu wirken, daß die Stichwahlen zum Reichstag abgeschafft werden, so daß immer schon das Ergebniß der ersten Wahl entscheidend ist, dergestalt, daß Derjenige als gewählt gilt, welcher von den aufgestellten Candidaten die meisten Stimmen erhalten hat.

Wie zu erwarten stand, veranlaßte dieser Antrag eine sehr lebhafte und ausgedehnte Debatte. Principielle Gegner des Antrages, den Herr Leonhardt-Leipzig im Namen der Antrag